

Schweiz in der Krise? Politisches Theater auf allen Kanälen

Ist die Schweiz eine Patientin? Nein, sagt der Sozialgeograf Michael Hermann, der sich gerne räumlich ausdrückt. Er sieht ein Land, in dem der Alltag sich von der Politik entfernt, was letztere zum Theater macht.

Herr Hermann, im November die Annahme der Anti-Minarett-Initiative, jetzt mit dem Datenklau eine erneute Druckzunahme auf das Bankgeheimnis. Die Schweiz stolpert von Krise zu Krise. Ist das Einbildung oder Realität?

Michael Hermann: Ich habe die Auffassung: mehr Einbildung als Realität. Real steht die Schweiz im Vergleich zu den umliegenden Ländern hervorragend da, sie ist und bleibt ein Anziehungspunkt in Europa und meistert die Wirtschaftskrise mit Bravour.

Den Dauerbeschuss aus dem Ausland halten Sie für eine Einbildung?

Natürlich nicht. Faszinierend ist aber die enorme Diskrepanz zwischen der Krisenrhetorik auf politischer Ebene und der unverminderten Anziehungskraft, die unser Land etwa auf Topkader aus Deutschland ausübt. Wenn wir von Krise reden, dann nicht von einer realen Krise, sondern von einer wahrgenommenen Krise.

Was ist mit einem Land los, das sich in einer Krise fühlt, obschon gar keine da ist?

Vom Ausland her gesehen hat das viel mit den beschränkten Darstellungsmöglichkeiten unseres politischen Regierungssystems zu tun. Der Bundesrat entscheidet oft gar nicht so schlecht, aber sieben gleichberechtigte Köpfe können das nicht vernünftig kommunizieren, wirken schwach, kommen nie aus der Defensive heraus. In Konfliktsituationen, die heute in hohem Tempo aufeinanderfolgen und wegen der Globalisierung komplexer geworden sind, ist ein ziviler Oberbefehlshaber, ein Regierungschef, der für das Land zur Welt spricht und ihm ein Gesicht gibt, ein entscheidender Faktor.

Aber das ist in der Schweiz unmöglich. Eine solche Figur steht im Widerspruch zur Tradition unserer Politik.

Ich wäre da nicht so sicher. Wir haben ja auch kein Problem, Stadtpräsidenten zu akzeptieren, die zwar nicht wirklich mächtiger sind als die Regierungskollegen, aber in der Öffentlichkeit die Verantwortung übernehmen.

Angesichts des Machtpokers bei Bundesratswahlen können wir uns die Wahl eines Regierungschefs schlicht nicht vorstellen, weil er so viele Kompromisse erfüllen müsste.

Die Legitimationsbasis der Bundesrätinnen und Bundesräte in der Bevölkerung ist schmal, weil sie vom

Parlament gewählt werden. Diese Wahlen werden als Resultat von Deals und Gemauschel gesehen. Ein richtiger Regierungschef müsste vom Volk gewählt werden.

Und gewählt würden Leute wie Roger Federer, Vreni Schneider?

Die Angst, dass Leute ins Amt kämen, die den Dossiers nicht gewachsen sind, halte ich für unbegründet. Ein Bundesrat kann sich nicht in Details vertiefen, seine Hauptaufgabe ist es, den Leuten die Arbeit der Regierung zu erklären. Für diesen Job wäre ein Wahlkampf mit vielen Anlässen in direktem Bevölkerungskontakt ein ideales Assessment. Ein Hans-Rudolf Merz, denke ich, würde ausscheiden, ebenso ein Christoph Blocher, wenn er sich nicht plötzlich als integrativer Landesvater neu erfände. Gute Chancen hätten Figuren wie Franz Steinegger, Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf, die auch ausserhalb ihrer Parteiklientel gut ankommen.

Damit ist eigentlich die SVP-Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrats, für die jetzt die Unterschriftensammlung begonnen hat, das geeignete Mittel, die von Ihnen diagnostizierte Krise der Wahrnehmung zu entschärfen.

Die Initiative ist sicher eine Nagelprobe dafür, ob die Bevölkerung bereit ist, das Regierungssystem zu überdenken und besser auf die aktuellen Herausforderungen abzustimmen. Gut möglich aber, dass die Mehrheit den Preis für einen Systemwechsel als zu hoch einschätzt.

Hat die Schweiz in ihrem Aussenauftritt nicht ein viel substanzielleres Problem: Dass sie ihre zwei Seelen – die kalte Schweiz des Kapitals, die warme Schweiz der guten Dienste – nicht mehr unter einen Hut bringt?

Die Schweiz der guten Dienste, die darauf wartet, bis sie gerufen wird, ist ein Auslaufmodell. Der Versuch, ein nicht ganz sauberes Wirtschaftsgebaren mit einem humanitären Mäntelchen zu überdecken – das zieht nicht mehr. Die Länder der Erde sind näher zusammengerückt, und es gibt mehr Reibungspunkte und Interessenskonflikte, zum Beispiel im Steuerbereich. Auf diesem enger werdenden Spielfeld behaupten sich Nationen mit starken Regierungschefs, die gekonnt mitspielen und auch mal ein gezieltes Tackling setzen können, am besten. Will die Schweiz nicht immer nur defensiv reagieren, wenn sie unter Druck gerät, ist die Umstellung auf ein System mit einer prägenden Figur an der Bundesratsspitze unumgänglich.

Die Schweiz ist allerdings innerlich zerrüttet: Die Annahme des Minarettverbots vor gut zwei Monaten hat eine tiefer werdende Kluft zwischen politischer Elite und Volk deutlich gemacht.

Ich wäre vorsichtig damit, aus einer Abstimmung einen Trend herauszulesen. Niemand weiss, ob die Zustimmung nicht noch höher gewesen wäre, wenn dieser Urnengang vor fünf Jahren stattgefunden hätte. Ich sehe im Ergebnis des 29. November ein für die Schweiz typisches Schockerlebnis, das aber üblicherweise eine ausgleichende Entwicklung einleiten wird.

Sie sehen eine ausgleichende Entwicklung voraus?

Die Schwarzenbach-Initiative in den 70er-Jahren, die Armeeabschaffungs-Initiative in den 80er-Jahren, die EWR-Abstimmung oder die Alpen-Initiative in den 90er-Jahren waren ähnliche Ereignisse: Die politische Elite ist auf dem falschen Fuss erwischt worden. Aber ich kann beim besten Willen nicht erkennen, dass sich bei all diesen Themen ein immer tieferer Graben zwischen Befürwortern und Gegnern geöffnet hätte.

Was erkennen Sie denn?

Dass das Schockerlebnis eine Debatte auslöste. Und man begann, sich in seinen Positionen langsam aufeinander zuzubewegen. Das Europa-Thema ist typisch dafür: Es ist nicht einfach so, dass die Euro-Turbos gebremst wurden. Auch die Stimmbevölkerung hat einen Schritt gemacht und Vorlagen wie zuletzt das umstrittene Freizügigkeitsabkommen mit Bulgarien und Rumänien angenommen. Dieses Ausgleichende ist genial am politischen System der Schweiz.

Genial? Was ist genial daran, dass in der Schweiz zum Beispiel keine sachliche Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen eines EU-Beitritts möglich ist?

Genial ist, dass die Weisheit der Elite durch die Weisheit des Volks herausgefordert wird. Mich ärgert sehr, wenn Intellektuelle nach unliebsamen Abstimmungsergebnissen wie etwa zur Anti-Minarett-Initiative Systemänderungen fordern, damit die Schweiz auf den richtigen Weg findet. Man kann die Schweiz nicht einfach in die EU hineinreden oder -schreiben. Auf absehbare Zeit zeichnet sich keine Mehrheit ab, die das möchte. Die Welt, wie wir Intellektuelle sie sehen, wird immer wieder an der harten Realität der Volksabstimmungen geprüft. Das ist anstrengend und manchmal frustrierend, aber gut so.

Versuchen wir es mit der harten Realität: Unter dem Diktat der SVP verweigert sich die Schweiz einer EU-Debatte. Gleichzeitig nähert sie sich der EU, indem sie ständig Vorschriften und Regeln von ihr übernimmt.

Ja, das ist die Realität. Wenn man will, kann man diese Situation auch als Schizophrenie bezeichnen. Aber sie ist so gewollt und gut lebbar. In der alltäglichen Praxis sind wir als Gesellschaft offen, differenziert, modernisierungsbereit, anpassungsfähig. Politisch aber befasst sich die Schweiz mit einem Souveränitätsbegriff, der vor allem symbolischen Charakter hat, und in der EU-Frage will ihn eine Mehrheit verteidigen.

Heisst das: Politik ist ein Gefecht um Symbole, die wahren Probleme finden anderswo statt?

Politik verliert an Gestaltungskraft, auf allen Ebenen. Wir kämpfen engagiert für die Gemeindeautonomie, aber der Spielraum von Gemeindepolitikern wird immer kleiner, weil vieles von Kanton oder Bund vorbestimmt ist. Dieser Erosionsprozess der politischen Handlungsfreiheit setzt sich kaskadenartig nach oben fort. Die Gesellschaft der Schweiz bewegt sich weg vom Ideal der SVP, obschon sie die stärkste Partei des Landes ist. Politik ist nicht mehr die Sphäre des Gestaltens, sondern die Bühne der Bremsen.

Eine Besorgnis erregende Entwicklung?

Wichtig ist, dass wir erkennen, was passiert. Wir erleben die Ablösung der Symbolpolitik, die in der politischen Arena verhandelt wird, von der Realpolitik, über die in der Öffentlichkeit kaum gesprochen wird, die aber unsere Welt prägt. Realpolitik ist unspektakulär, da geht es um juristische Feinheiten, technische Details, kleinste Fortschritte. Das begeistert uns als Politikkonsumenten und Sie als Medienschaffende wenig.

Sondern?

Uns gefallen die grossen Würfe, die scharfen Konflikte, die schrillen Figuren. Und genau so findet Politik in der Öffentlichkeit heute vor allem statt – als Theaterspektakel mit grossen Symbolschlachten.

Aber mit geringer Wirkung?

Wir sind konfrontiert mit Entwicklungen wie Migration, Zersiedlung, steigenden Gesundheitskosten, der Verschärfung sozialer Gegensätze, die von der Politik kaum zu steuern sind. Gleichzeitig bewegen sich, gerade in städtischen Agglomerationen, viele Menschen in einer Welt mit grossen persönlichen Freiheiten, die ihrem linksliberalen Ideal nahe kommt. Sie haben keinen Grund, sich politisch mobilisieren zu lassen. Es ist ein wenig wie in den USA nach der Ära Clinton: Bush oder Gore, das schien einerlei. Erst als Bush konservative Politik durchsetzte, erwachte das linksliberale Lager.

In der Schweiz wäre dieser Zustand erst erreicht, wenn die SVP die absolute Mehrheit besässe.

Ich halte das nicht für unmöglich, aber wenn, dürfte das noch einige Zeit dauern. So gesehen dürfte der aktuelle Zustand der schweizerischen Politik noch ziemlich lange Bestand haben.

Als Eltern bemühen wir uns, unsere Kinder für Politik zu interessieren. Wenn man Ihnen zuhört, muss man sagen: Egal, wenn Jugendlichen die Politik egal ist.

Ich habe alles Verständnis dafür, wenn sich Jugendliche für andere Dinge des Lebens interessieren als für Politik. Nur: Wenn wir die Migrationsbewegungen anschauen, zeigt sich, dass wir uns nach Selbstähnlichkeit sortieren. Das heisst: Gleich zieht zu gleich. Rot-Grüne gehen in die Städte, Konservative aufs Land. Weil eine solche ideologische Sortierung auch zwischen Militär und Zivildienst geschieht, umgeben wir uns mehr und mehr mit Gleichdenkenden. Politik hingegen ist das Forum, wo unterschiedliche Positionen debattiert werden. Das zu können und zu lernen ist wichtig.

Interview: Jürg Steiner, Stefan von Bergen